

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postfachkonto 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

400 Millionen hinter den Palästina-Arabern

Das Ergebnis der panarabischen Konferenz in Kairo

Jerusalem, 14. Oktober. Die arabische Zeitung „Kafalin“ befaßt sich mit dem Panarabischen Kongress in Kairo. Das Blatt stellt fest, es habe den jüdischen Völkern, besonders auch der jüdischen Presse in England, wenig, wenn sie diese Konferenz als einen Misserfolg hinstellen versuchten mit der lächerlichen Begründung, daß die Lösung nicht von allen Arabern und Mohammedanern bejaht worden sei. Dies sei überflüssig gewesen. Außer Transjordanien, dessen Regierung die Lösung des Palästina-Problems immer noch in einer Teilung sehe, hätten die übrigen nicht in Kairo vertreten gewesenen Mohammedanischen Staaten, wie Saudi Arabien, Iran, Afghanistan und die Türkei, durch den irakischen Außenminister Suwaidi der englischen Regierung mitteilen lassen, daß sie hinter dem Plan Suwaidis zur Lösung der Palästinafrage zugunsten der Araber ständen. Somit hätten 400 Millionen Mohammedaner und Araber durch die Konferenz von Kairo dem in Ver-

bannung lebenden Großmufti von Jerusalem ihr Vertrauen ausgesprochen.

Erfolgreicher Streik der Araber

Jerusalem, 14. Oktober.

In Haifa wurden 1100 Offiziere und Soldaten, die aus London kamen, ausgeschifft und auf die verschiedenen Militärlager des Landes verteilt. Der Verweigerungsstreik der arabischen Straßenreiniger in Haifa ist nach zehntägiger Dauer abgebrochen worden, nachdem die Forderungen der Streikenden von der Stadtverwaltung erfüllt wurden. — Die Straße Akko-Nakura bei dem Dorf Akabri wurde von arabischen Freiheitskämpfern zerstört und unpassierbar gemacht. Bei der militärischen Durchsichtung des Dorfes Salha wurde ein Araber auf der Flucht erschossen. (Siehe auch Seite 2)

Zuspitzung zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei

Ungarn meldet Aufmarsch der tschechischen Armee an der Grenze

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Oktober.

Von offizieller ungarischer Stelle in Budapest wird am Freitag mitgeteilt, daß unmittelbar nach dem Abbruch der Komorner Verhandlungen die ungarische Regierung noch in der Nacht die Grenzverhältnisse der vier Wälscher Großmächte verständigt habe, die ungarisch-tschechischen Verhandlungen hätten infolge des Verhaltens der Prager Regierung abgebrochen werden müssen. Eine ähnliche Verständigung sei auch der polnischen Regierung angekündigt worden. In diesen Mitteilungen sei auch ausgesprochen worden, daß die ungarische Regierung sich zwar das Recht vorbehalte, die zum Schutze der ungarischen Interessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, daß sie aber andererseits auch die Hoffnung ausdrückt, die vier Regierungschefs würden baldig ihre Entscheidung in der obigen Frage treffen. In dem Ministeramt in der Nacht zum Freitag und über seine Beschlüsse wird noch mitgeteilt, es sei auf Grund der Waffendrohungen durch den Prager Sender für Ungarn unmöglich gewesen, nicht auch seinerseits für die Sicherung der eigenen Interessen die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Diese militärischen Maßnahmen müßten um so mehr ergriffen werden, als auch die gesamte ungarische öffentliche Meinung sie fordere. Die tschecho-slowakische Armee sei nun mit starken Kräften an der ungarischen Grenze aufmarschiert. Dieses Verhältnis müßte unbedingt ausgenutzt werden. In diesem Zusammenhang wolle man in Budapest auch darauf hin, daß die Grenze von den Tschecho-Slowaken nun nachdringlich gesperrt worden sei und daß nunmehr wieder Drahtverkehre, spanische Reiter und Betonbarrikaden auf der Donaubrücke stehen.

In Komoró sind die ungarischen Gesandten zum Protest gegen das Verhalten der tschechischen Delegation geschlossen. Die ungarischen Fahnen sind von der tschechischen Polizei heruntergeholt worden.

Nach Meldungen aus Rom ist dort am Freitag der Rabinettchef des ungarischen Außenministeriums, Graf Csáky, der schon in München bei den Verhandlungen als Beobachter der ungarischen Regierung anwesend war, eingetroffen. Man bringt seinen Besuch in den italienischen Blättern in Zusammenhang mit dem Abbruch der ungarisch-tschecho-slowakischen Verhandlungen. Die italienischen Zeitungen nehmen sehr für die Ungarn Partei und weisen entschieden und scharf die „dörmische Arroganz“ zurück. Die Angebote Prag an Ungarn seien, so heißt es, unzulänglich und die Prager Taktik sei völlig untragbar. Ein Blatt, die „Tribuna“, meint, daß Prag vorbrüchig geworden sei, nach der verpflichtenden Annahme des Budapest-Ultimatums lasse Prag sich seinen Verpflichtungen auch weiterhin zu entziehen. Dann müßte ihm eben eine gerechte Lösung aufgezwungen werden.

Ungarn beruft Reservisten ein

Budapest, 14. Oktober.

Die M. T. A. meldet, erklärt der Sonderminister am Sonntag eine Bekanntmachung, in der die Einberufung weiterer fünf Jahrgänge angedeutet wird. Diese Militärdienstpflichtigen, die zum Jahrgang 1908 bis 1911 gehören, haben sich bereits am Montag bei ihren Truppenführern zu melden.

Frankreich will 5000 Militärflugzeuge bauen

Nach Verstärkung der Grenzverteidigung und der Marine Erhöhung des Flugzeugbaues

Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten

Paris, 14. Oktober.

Von Ministerpräsident Daladier hatte die französische Öffentlichkeit seit dem Münchener Frieden, der triumphalen Rückkehr nach Paris und der außerordentlichen Parlamentarisation, in der die Friedenspolitik des Ministerpräsidenten durch das Vollmachtengesetz gebilligt wurde, kaum mehr etwas gehört. Es besteht aber kein Zweifel, daß der französische Ministerpräsident im stillen einen Plan ausarbeitet, der allen innerpolitischen Eventualitäten und den militärischen Notwendigkeiten gerecht werden soll. Der erste der Öffentlichkeit bekanntgegebene Beschluß des Ministerpräsidenten war die Gewährung zusätzlicher Rüstungskredite für die Grenzverteidigung und die Marine in Höhe von über 28 Milliarden Franken. Aber die Hauptanstrengungen dürften in der letzten Zeit auf den Flugzeugbau verlegt werden. Der ehemalige Minister Frossard, der der Reuen Sozialistischen Partei angehört, hat den Bau von

5000 Militärflugzeugen gefordert, und der „Transigant“ beginnt am Freitag mit einer Artikelserie mit der Überschrift „Flugzeuge, Flugzeuge“, in der ebenfalls der Bau von zahlreichen Militärflugzeugen verlangt wird. Der Vektor soll durch das Argument, daß Frankreich unterzugehen drohe, falls es seine Rüstungen nicht erhöhe, beedruckt werden.

Das neue Weltkrisen Frankreichs fordert aber nicht nur Milliardenkredite, sondern eine erhöhte Arbeitszeit. Ministerpräsident Daladier plant, wie man in den politischen Kreisen hört, die Arbeitszeit der 48-Stunden-Woche und die Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche in allen französischen Industriezweigen. Als Gegenleistung für diese von den Arbeitern geforderten „Opfer“ werde eine außerordentliche und einmalige Vermögenssteuer eingeführt werden, deren Ertrag für die Befundung des französischen Staatshaushalts verwendet werden soll.

Der Führer empfängt Daranyi

München, 14. Oktober.

Der Führer und Reichskanzler empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen den ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Daranyi zu einer Besprechung über Fragen des ungarischen Volksdums in der Tschecho-Slowakei.

Die Weitsib Region wird nicht benötigt

London, 14. Oktober.

Im Hinblick auf die am Donnerstag von der Internationalen Kommission getroffene Entscheidung, nach der

eine Abstimmung in den ehemaligen tschechischen Gebieten nicht stattfinden soll, ist die Weitsib Region dahin unterrichtet worden, daß ihre Dienste in der Tschecho-Slowakei nicht benötigt würden. Außenminister Lord Halifax hat der Weitsib Region seine hohe Anerkennung für den ausgezeichneten, von nationalen Empfindungen getragenen Beitrag zum Ausdruck gebracht, von dem die Haltung der Weitsib Region gekennzeichnet werde.

Wißwunsche des Führers an den König von Kasan. Der Führer und Reichskanzler hat dem König von Kasan zum Geburtstag drahtlich seine Glückwünsche über-

Systemwechsel in Frankreich

Frankreich durchläuft eine geschichtliche Wende. Seine politische Existenz ist auf eine neue Ebene gestellt. Die historische Zusammenkunft von München hat dem französischen Volk nicht nur den Frieden gebracht, sondern einen Umbruch, der sich auf allen Gebieten des politischen Lebens auswirken beginnt. Als die Reservisten nach Hause zurückkehrten und Daladier von den Pariser gefeiert wurde, wie seit 1918 kein französischer Minister gefeiert worden ist, da hatte eine neue Epoche für Frankreich begonnen.

München hat für Frankreich nicht nur außenpolitische Entscheidungen von größter Tragweite gebracht, sondern auch innere. Es beginnt jetzt der Kampf der Weitsib um die innerpolitische Neuordnung des französischen Staates. Dem Auftakt dazu bildete das Auseinanderfallen der Volksfront, die seit 1936 dem Staatsleben das Gesicht gegeben hatte. Die Volksfrontpolitik der Jahre 1936 und 1937 ist vorbei und kommt nicht wieder. Die letzten Wochen haben eine tiefe Kluft zwischen der moskauhörigen Linken und den Radikalsocialen aufgerissen. Die große Partei des französischen Bürgertums, die seit Kriegsende die weißen Regierungen und Minister gestellt und bei allen entscheidenden Fragen den Ausschlag gegeben hat, vollzog einen Systemwechsel, dem geschichtliche Bedeutung zukommt.

Immer stärker wurde in den letzten Monaten und Wochen der Ruf nach einem neuen, einigen Frankreich, nach einem Frankreich, dessen politisches Leben nicht durch das Wechselspiel von Parteienkoalitionen, sondern durch die wirklichen Bedürfnisse des Landes bestimmt wird. Einen neuen Impuls erhielten diese Bestrebungen durch den Aufruf der Frontkämpferverbände, in deren Reihen sechs Millionen Franzosen stehen. Diese sechs Millionen Männer, die ein mit Blut besiegeltes Recht haben, für Frankreich zu sprechen, verlangen eine grundlegende Erneuerung des Staates. Zu diesem Zweck soll eine „Regierung des öffentlichen Wohls“ gebildet werden, die alle notwendigen Reformen durchzuführen hätte, um dann im Frühjahr 1940 vor das Volk zu treten und sein Urteil zu fordern. Im Augenblick läßt sich noch nicht sagen, ob der Staatsumbau in dieser Form vollzogen wird; es ist jedoch wahrscheinlich, daß sich die Neuordnung auf der Linie der Frontkämpfervorschlüsse bewegen wird.

Den Anstoß zu dieser fast revolutionären Bewegung gaben innerpolitische, sozialpolitische und außenpolitische Ereignisse. Das wirtschaftliche und soziale Leben Frankreichs war unter der Volksherrschaft mehr und mehr in Unordnung geraten. Es bedurfte größter Anstrengungen des Ministerpräsidenten Daladier, um die völlig verfallene Produktion überhaupt wieder einigermaßen in Gang zu bringen und die schlimmsten Auswirkungen der 40-Stunden-Woche zu beseitigen, die Wirtschaft, Landesverteidigung und Währung gleich unheilvoll in Mitleidenhaft zog. Das Experiment Blum ist heute endgültig begraben, und Blum selbst möchte es nicht erneuern. Die sozialpolitischen Maßnahmen des Marxistenführers haben sich sehr bald als Ausdauer erwiesen. Heute haben Franzosen aller Parteien und Stände eingesehen, daß nicht eine augenblickliche Lohn-erhöhung entscheidend ist, sondern der Umfang der Gesamtproduktion. Das eiserne Gesetz der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung, das diese Erkenntnis zum Inhalt hat, findet in der französischen Öffentlichkeit immer stärkere Beachtung.

Es fragt sich jedoch, ob dieser Wandel der Auffassungen über Fragen der Innenpolitik allein ausgereicht hätte, um die grundlegende Umkehr zu bewirken, die sich heute ankündigt. Entscheidend war vielmehr das weitsibische Geschehen und sein Einfluß auf Frankreich. Was der ehemalige Ministerpräsident Mandin seit fast zwei Jahren vorausgesehen hat, ist eingetreten. Die auf Versailles und Genf gegründete Deganonpolitik hat endgültig Schiffbruch erlitten. Frankreich steht heute vor den Trümmern eines politischen Systems, das den Todesstoß bereits in sich trug, als es 1919 geboren wurde. Der letzte Mann, der Frankreichs Außenpolitik auf dieses System gründen wollte, war Barthou. Als er in Marseille von Mörderhand zu Boden gestreckt wurde, stand mit ihm eine Generation von Politikern, denen die Einfassung Deutschlands das Grundgesetz jeder französischen Außenpolitik war.

Als in französischen Zeitungen die Bilder aus dem besetzten Sudetenland erschienen, auf denen Adolf Hitler die tschechischen Betonbunker besichtigte, wurde es jedem Franzosen klar, daß damit die bisherige Bündnispolitik Frankreichs endgültig zusammengebrochen war. Diese Politik ist seit 1938 immer problematischer geworden. In der Zeit, mit der man Deutschland für Generationen gefesselt zu haben glaubte, zerbrach ein Glied nach dem anderen. Das deutsch-polnische Abkommen vom Januar 1934, die innere Auflösung der Kleinen Entente, die Bildung der Achse Berlin-Rom und ihre Festigung im Verlauf des letzten Jahres, vor allem aber der Anschluß Österreichs hat das Einfallstor zum Zerfall geöffnet. Die alte Tschecho-Slowakei wurde zur letzten Karotte des französischen Deganonanspruches über Mitteleuropa. Diese Karotte ist nun auch gefallen, und Frankreich

938
des Bette
7, 8, Otto
Bridauer
10. Oktober
120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000